Tägliches
Cincinnatier Volksblatt

Briefe an das „Volksblatt" sind zu adressiren:
CINCINNATIER VOLKSBLATT, BOX 228
CINCINNATI, OHIO.

Haupt-Offices:
No. 127 Ost Siebente Straße.
CINCINNATI, O.
Geschäfts-Departement....Telephon Canal 2024
Redaktion.....Canal 2045

Zweig-Offices:
Covington, Ky., 509—511 Madison Avenue. Telephon South 3254
Newport, Ky., 339 York Str., Tel. South 2401

Oestlicher und westlicher Vertreter
Howard C. Story
New York — 1108 Fünfte Avenue Gebäude.
Chicago — 664 Proyles Gas Gebäude.
Philadelphia — 924 Arch Straße.

Freitag, den 26. Juni 1914.

Lorimer lieh, während er Bundessenator war, dem damaligen Senator Paynter von Kentucky $40,000 und der Senator Paynter stimmte gegen die Entfernung Lorimers aus dem Senat. Hat Lorimer sonst Jemandem Geld geliehen?

Die amerikanischen und die Huerta-Delegaten haben sich auf einen Plan zur Regulirung der mexikanischen Wirren geeinigt. Es soll durch Verhandlungen zwischen den Huertaisten und Carranzaisten eine provisorische Regierung eingesetzt werden und dieser wird die Aufgabe zugewiesen, eine Präsidentenwahl zu veranstalten. In Washington betrachtet man diese Erledigung als einen Triumpf der Diplomatie. Uns erscheint es als ein anständiger Rückzug der Konferenz, da durch den Beschluß absolut nichts entschieden wird. Es verbleibt jetzt die Frage, ob Carranza sich überhaupt auf Unterhandlungen einlassen wird und sollte es geschehen, dann wird der alte Widerstreit verbleiben, wer das Uebergewicht in der provisorischen Regierung haben soll, die Anhänger Huertas oder Carranzas. Wir glauben aber das Ende voraussehen zu können. Carranza wird die Unterhandlungen so lange verschleppen, bis er die Eroberung Mexikos beendet hat und vor dieser vollendeten Thatsache werden Alle, die Ver. Staaten eingeschlossen, kapituliren müssen.

Der Erntemaschinen-Trust spielt jetzt eine große Rolle. Pinchot erließ vor Kurzem eine Erklärung, daß die progressive Partei nicht siegen könne, wenn Perkins, der Präsident des Trusts, als Führer der progressiven Partei anerkannt werde. Daraufhin hat Roosevelt die Erklärung abgegeben, daß man Perkins nicht aus der Partei entfernen könne, ohne auch ihn, Roosevelt, hinauszuwerfen. Präsident Wilson hat ebenfalls einen Direktor jenes Trusts in sein Herz geschlossen und das ist Thomas Jones, den er zum Mitglied der Oberaufsichtsbehörde für die Reserve-Banken nominirt hat. Dagegen sind die Senatoren aus den landwirthschaftlichen Staaten aufsässig. Sie sagen, daß der Erntemaschinen-Trust bei den Farmern aufs Gründlichste verhaßt ist und daß es politischer Selbstmord wäre, für Jones Bestätigung zu stimmen. Wenn auch Wilson nicht erklärt hat, daß man ihn aus der demokratischen Partei hinauswerfe, wenn Johnes nicht bestätigt wird, bietet er doch allen Einfluß und Beredtsamkeit auf, um die Bestätigung durchzusetzen. Zu bemerken ist noch, daß die Gründe für die Bekämpfung von Jones sehr matt sind, man kann sie sogar, wie aus den angeführten Bemerkungen hervorgeht, als unmännlich bezeichnen.

Japan drängt auf eine Erledigung der Streitfrage mit den Ver. Staaten. Es verlangt die Aufhebung des kalifornischen Gesetzes, das Japaner daselbst vom Bodenerwerb ausschließt. Die Regierung in Tokio nimmt den Standpunkt ein, daß unter dem Vertrage mit den Ver. Staaten die Japaner in diesem Lande gleichberechtigt mit allen Ausländern sind und daß es die Pflicht unserer Bundesregierung sei, das kalifornische Gesetz, welches die Rechtsverletzung bewirkt, zu beseitigen. Bryan schlug einen neuen Vertrag vor und es fanden darüber Unterhandlungen mit dem früheren japanischen Ministerium statt. Das jetzige Ministerium hat aber die Unterhandlungen abgebrochen und besteht auf der Beseitigung des Kalifornier Gesetzes. Was Bryan jetzt thun will, bleibt abzuwarten. Aber es ist nicht ersichtlich, was er thun könnte. Er hat Japan vorgeschlagen, daß es die Konstitutionalität des kalifornischen Gesetzes vor den Bundesgerichten erprobe, was aber kein Entgegenkommen gefunden hat, da Japan nicht riskiren will, den Prozeß zu verlieren und überdies der Ansicht ist, daß es Sache der Bundesregierung sei, ihm zu seinem Rechte zu verhelfen. Das Haager Schiedsgericht, welches das geeignete Tribunal wäre, wollen die Ver. Staaten nicht anrufen, weil sie befürchten, vor diesem Tribunal nicht bestehen zu können, doch scheint das der einzig richtige Weg. Freilich bliebe dann noch die Frage übrig, wie die Ver. Staaten die Ausführung des Gesetzes verhindern könnten.

Roosevelt ist mit einer geharnischten Erklärung gegen die Verwilligung von 25 Millionen Dollars an Colombien herausgekommen. Seine Worte sind aber stürmisch und lärmend, anstatt überzeugend. Er sagt: Wenn wir die Panama-Kanal-Route von Colombien gestohlen haben, so müssen wir sie ihm zurückgeben. Das ist nichts anderes als ein Bluff. Roosevelt wird zugeben müssen, daß er mit Colombien wegen Ueberlassung der Kanal-Route unterhandelt hat. Folglich war es doch der Besitzer dieser Route. Der Handel kam nicht zu Stande, weil die kolombische Regierung ungebührliche Forderungen stellte. Gleich nach dem Scheitern dieser Unterhandlungen brach eine Revolution in Panama aus, das sich von Colombien frei machte. Letzteres versuchte Panama zurückzuerobern, d. h. in den kolombischen Staatenbund zurückzubringen, wie wir unsere Südstaaten gezwungen haben. Roosevelt ließ Truppen in Panama landen und drohte Colombien mit Krieg, wenn es versuche, Panama in Besitz zu nehmen. Selbstverständlich mußte Colombien sich fügen. Daß wir Colombien an der Besitzergreifung seines Eigenthums verhinderten, dafür gebührt ihm eine Entschädigung. Wenn Roosevelt in solcher Zahlung eine persönliche Beleidigung erblickt, eine Unterstellung, als wenn er die Panama-Route geraubt hätte, so kann er das überzeugend widerlegen, indem er sich auf das Kulturrecht beruft. Genau so wie wir den Indianern den Boden weggenommen haben, um eine höhere Kultur auf diesem Kontinent einzuführen und zum Theil auch aus dem berechtigten Triebe der Selbsterhaltung, was in Afrika und anderen Erdtheilen ebenfalls geschehen ist, mit diesem Rechte haben wir von der Kanal-Route Besitz ergriffen, als Colombien sich weigerte, uns die Landenge trotz des liberalen Anerbietens, das wir ihm machten, zu überlassen. Alles, was jetzt zu thun übrig bleibt, ist, daß wir Colombien für das Enteignungsverfahren entschädigen, zu welchem die staatliche Nothwendigkeit uns zwang. Roosevelt bedient sich eines absichtlich irreführenden Arguments, wenn er von Raub und Diebstahl spricht.

Der positive Präsident.

Mit der größten Entschiedenheit hat der Präsident erklärt, daß die von ihm unterbreiteten Trugesetze zur Annahme gelangen werden und ebenso entschieden hat er sich dahin ausgesprochen, daß diese Gesetze der sich nähernden Prosperität förderlich sein werden, weil sie den Geschäftsleuten die Sicherheit geben, die ihnen bis jetzt gefehlt und dadurch eine Depression der Geschäfte verursacht hat. Der Präsident beruft sich betreffs der Richtigkeit seiner Ansicht auf erfahrene Geschäftsleute, die ihm mit Rath und Auskunft zur Seite stehen.

So bestimmt der Präsident auch seine Ansichten zum Ausdruck bringt, können wir ihnen doch nicht beipflichten und wir glauben den Beweis liefern zu können, daß der Präsident über die Ursachen der Geschäftsflauheit schlecht unterrichtet ist, wenn er sie den Trustgesetzen, resp. der Ungewißheit über die gesetzliche Behandlung der Trusts zuschreibt. Die Flauheit macht sich hauptsächlich im Börsengeschäft wahrnehmbar; es fällt schwer, Aktien für neue Unternehmungen abzusetzen. Was diese Schwierigkeit verursacht, sollte dem Präsidenten nicht unbekannt sein, da die vom Kongreß geführten Untersuchungen und Enthüllungen anderer Art hierüber reichlichen Aufschluß gegeben haben. Dieser geht dahin, daß zehn Jahre lang, von 1896 bis 1906 eine wilde Spekulation, die sich hauptsächlich durch Ueberkapitalisirung wahrnehmbar machte, geherrscht hat und diese Schwindelwirthschaft wie immer mit einem Zusammenbruch geendet hat. Ein solcher Krach hatte naturgemäß große Vermögensverluste zur Folge. Milliarden von Bonds und Aktien, die jederzeit Käufer fanden, also damit Geldeswerth repräsentirten, sind unverkäuflich geworden, weil geringe Zinsen und Dividenden darauf gezahlt werden; in nicht geringem Maße sind sie sogar völlig werthlos geworden. In Folge dessen fehlt es an Geld, um neue Unternehmungen ins Werk zu setzen. Die jetzigen Trustgesetze, die nach Ansicht des Präsidenten das Hinderniß für das Wiederaufleben der Geschäfte bilden sollen, haben nicht die mindeste Einwirkung auf die ökonomische Sachlage. Die Gesetze haben bestanden, als die geschäftliche Thätigkeit alles überstieg, was bislang in dieser Hinsicht in den Ver. Staaten beobachtet worden ist und die Thätigkeit würde unter den jetzigen Gesetzen ebenso lebhaft sein, wenn es nicht an dem nöthigen Gelde fehlte. Mit anderen Worten, der Präsident befindet sich im Irrthum, wenn er glaubt, daß die Schwierigkeiten auf juristischem Gebiete liegen; sie werden lediglich durch die obwaltenden ökonomischen Verhältnisse verursacht. Demnach entbehrt die Annahme des Präsidenten, daß er mit neuen Gesetzen die Geschäfte wieder in die Höhe bringen könnte, jedweder Begründung.

Nachweisen läßt sich aber, daß die neuen Gesetze, welche der Präsident vorschlägt, sich schädlich erweisen und gerade die Ungewißheit hervorrufen werden, die er als die Ursache der Depression bezeichnet. Die Grundidee dieser neuen Gesetze ist, daß eine Regierungsbehörde alle Geschäfte in den Ver. Staaten beaufsichtigen soll. Der Präsident ist niemals geschäftlich thätig gewesen, sonst würde ihm nicht unbekannt sein, daß er durch diese Beaufsichtigung den Unternehmungsgeist, den er wecken will, lähmen würde. Die Behörde soll bestimmen, ob die Verkaufsmethoden, die ein Kaufmann befolgt, gesetzlich sind. Nun hat jedes Geschäft seine eigenen Verkaufsmethoden, ist es sogar gezwungen, dieselben häufig zu ändern, indem es diese den praktischen Bedürfnissen anpassen muß. Wird dem Kaufmann diese Freiheit entzogen, so ist die Folge, daß nicht er sein Geschäft führt, sondern eine Behörde in Washington und was noch schlimmer ist, es fehlt ihm jede Richtschnur, wie er nach den Wünschen der Behörde handeln soll. Jeder wird einsehen, daß unter solchen Verhältnissen die Meisten es sich reiflich überlegen werden, ob sie ihr Geld in geschäftlichen Unternehmungen anlegen sollen, denn zu einem gedeihlichen Handel ist doch mindestens so viel Freiheit nöthig, daß Jeder nach seinem eigenen Ermessen über sein Eigenthum verfügen darf.

Dagegen wird man den Einwand erheben, daß von dieser Handelsfreiheit ein unrechtmäßiger Gebrauch gemacht worden ist, indem man Monopole errichtet hat. Aber diesen Mißbrauch zu bekämpfen ist schon ein Gesetz vorhanden und daß dieses völlig ausreicht, hat die Erfahrung erwiesen. Der besonders wichtige Vortheil des jetzigen Gesetzes ist, daß die Gewißheit, welche der Präsident einführen will, schon besteht. Durch die Dutzende von gerichtlichen Entscheidungen ist festgelegt, daß jede Handlung, welche auf ein Monopol abzielt, ungesetzlich ist. Auf Grund dieser Entscheidungen sind eine Anzahl Monopole gerichtlich aufgelöst worden und es sind sogar eine Anzahl Monopole freiwillig aufgelöst worden. Damit wird auch der Beweis geliefert, daß eine weitere Kontrole nicht nothwendig ist, und wir glauben auch den Beweis geliefert zu haben, daß sie sich im höchsten Grade schädlich erweisen würde.

Nicht genug, daß dem Präsidenten in diesem Falle die geschäftliche Einsicht fehlt, läßt er auch den staatsphilosophischen Blick vermissen. Als früherem Staatsrechtslehrer sollte dem Präsidenten nicht unbekannt sein, daß alle Präventivgesetze verfehlt sind, weil sie die Freiheit unterbinden, die im Handel ebenso nothwendig ist, wie auf allen anderen Gebieten. Wir können das am besten an unserem Fache, der Presse, erläutern. Wenn ein Journalist jeden Artikel, den er schreibt, erst der Polizei vorlegen muß, ehe er ihn drucken läßt, wird die Presse ein klägliches Dasein führen. Aus diesem Grunde waren ja auch alle freiheitlichen Bestrebungen in Europa darauf gerichtet, die Präventivzensur abzuschaffen und an Stelle derselben die nachträgliche Verantwortlichkeit zu setzen, was erst eine Entwicklung der Presse ermöglicht hat. Genau in der gleichen Weise verhält es sich mit der Handelsfreiheit. Wenn mit einem Gesetz wie es jetzt besteht, dem Kaufmann die Richtschnur gegeben ist, wie er sich zu verhalten hat, so kann er sein Geschäft innerhalb der vom Gesetz gezogenen Grenzen führen, d. h. er weiß, was er zu thun und was er zu lassen hat und muß die Folgen tragen, wenn er sich gegen das Gesetz vergeht. Wird er aber noch unter die Aufsicht einer Behörde gestellt, wie der Präsident es beabsichtigt, so ist der Kaufmann völlig rathlos, da ihm jede Richtschnur fehlt, wenn er sein Geschäft nicht nach dem Gesetze führen kann, sondern den unkontrolirbaren Ansichten einer Behörde unterworfen wird.

Es wäre daher sehr zu bedauern, wenn der Präsident mit seinen Ansichten durchdringen sollte. Er würde dadurch das Gute, das er mit der Tarif-Reform und ganz speziell mit der Finanzreform geschaffen hat, verderben. Statt des geschäftlichen Aufschwungs, den er sich von seinem Gesetze verspricht, würde eine noch schlimmere Depression eintreten.

Neuer Alster Pavillon.

Der neue Hamburger Alsterpavillon ist mit großer Feierlichkeit eröffnet worden.

Das ist keine Hamburger Lokalangelegenheit, sondern eine Sache von internationaler Bedeutung. Es ist ganz gewiß, daß selbst die wildesten Völker im dichtesten Busch Australiens aufhorchten, als es vor einem Jahr hieß, daß man den alten Pavillon, der übrigens noch gar nicht so alt war (knapp fünfzehn Jahre), niederreißen und durch ein neues, modernes Kaffeehaus „up to date" ersetzen wolle. Dann nicht nur der Vetter aus der Provinz, nicht nur der geruhsame Sohn Englands, der Kaufherr aus Argentinien mit seiner juwelengeschmückten Gattin hatte das zwingende Bedürfniß, seine Beine unter einen Tisch im Alsterpavillon zu stecken, wenn er nach Hamburg kam; auch die Herren Neger aus Duala — man muß laut Hamburger Gerichtsbeschluß unseren schwarzen Brüdern mit aller Ehrerbietung entgegenkommen — binden sich wenn sie sich auf ihrem Schiffe im Hafen landfein machten, einen blendend weißen Kragen u. eine qualvoll schöne, brennend rothe Krawatte um den dunklen Hals, setzten sich unter die Palmen des Alsterpavillons und tranken mit Anstand und Würde ihren Kaffee. Und so geziemt es sich wohl, die Thatsache der Wiederaufmachung mit einigen Worten der ganzen Welt mitzutheilen.

Der Alsterpavillon hatte gleich großen Ruhm, als ein Franzose mit dem heroisch schön klingenden Namen Boucher de Courron ihm im Jahre 1789 zum erstenmal mit Erlaubniß des hohen Senats vom Jungfernstieg in die Alster hineinbaute. Seine unvergleichliche Lage am breiten Boulevard, auf dem die Hamburger Jungfräulein mit Anmuth und Hanseatenstolz allmittäglich einherstiegen, und am blanken Becken der Alster, die damals noch nicht vom breiten Massiv der Lombardsbrücke überwuchtet wurde, trugen seinen Namen in die ganze Welt. Und es ist heute so weit, daß es in ganz entlegenen Winkeln unseres Globus Nachahmungen dieses Kaffeehauses gibt. So berichten zuverlässige Weltreisende von einem Alsterpavillon am Ufer des Michigansees und von einem anderen mitten im Urwald Brasiliens; und daß es einen Alsterpavillon an einem großen Teich in Kopenhagen gibt, ist jedem Hamburger bekannt der etwas auf Kenntniß der Welt gibt.

Viermal hat man diesem alten Hamburger Kaffeehaus, in dem französische Eroberer geschlemmt, Kosaken, kampiert haben, wo der junge Eichendorff geträumt und Heine über die Hamburgerinnen gespottet hat, wo von alters her die Männer vom Turf, die Rennstallbesitzer, die Herrenreiter, Jockeys, Trainer und Buchmacher an großen Renntagen ihre Rendezvous abhielten, eine neue Form gegeben. Zuerst war der Pavillon ein bescheidener Holzbau, nach dem Wunsch der Behörden ein getreuliches Pendant zum Wachthaus am gegenüberliegenden Ausgang des Neuen Walles. Der zweite Pavillon erhielt durch einen beinahe griechisch-klassischen Tempelgiebel schon ein vornehmeres Gesicht, der dritte verschönte sich mit allerlei Arabeskenwerk und Figurenschmuck, der vierte von 1899 sah aus wie ein plattgedrückter Kachelofen aus Majolika und der fünfte und neue ist ein gewichtig auftrumpfender Sandsteinbau von ganz moderner Struktur — in seiner Architektur, zu der noch Lichtwark als Mitglied der Jury seinen Segen gegeben hat, vom Geiste Messels und Peter Behrens.

Innen ist er ein wenig prunkvoll und renommistisch. Aber so will es leider die laute, neue Zeit. Es gibt keine Kaffeehäuser mehr, in denen man schweigend hinterm Tisch sitzen und in beschaulicher Ruhe seine Zeitungen lesen oder mit einem guten Freund ein literaturkritisches und kunstumstürzlerisches Gespräch führen kann. Die Musik tobt und die Kellner saufen in ihren Fracks von Tisch zu Tisch, das Publikum kommt und geht, nervös und aufgeregt, weil niemand mehr Sitzfleisch hat für das echte, philosophische Kaffeehausleben.

Vor dieser hastigen, geräuschvollen Zeit hat auch der gemüthliche Majolika-Kachelofen kapituliert. Zweitausend Menschen können im neuen Pavillon sitzen. Seine Berühmtheit wird wachsen und wachsen. Und aus dem Alsterpavillon Hamburgs wird schließlich der Alsterpavillon der ganzen Welt.

Die Nationalitäten in Ost-Pennsylvanien.

Pennsylvanien ist sozusagen ein amerikanischer Staat, denn er liegt auf dem Gebiet Amerikas. Was aber seine Bevölkerung betrifft, so ist an das „amerikanische" ein ziemliches Fragezeichen zu machen, namentlich wenn unter amerikanisch angelsächsisch verstanden wird. Thatsächlich besteht schwerlich auch blos ein Viertel der Bevölkerung dieses Staates aus Anglo-Sachsen, welche übrigens, bei Licht besehen, ja Deutsche sind. Ein Stamm der Sachsen ging bekanntlich im dritten Jahrhundert über die Nordsee nach Britannien, unterwarf die eingeborenen Kelten, wurden dann später selber wieder von einer germanischen Stamm, den Normannen, überwältigt. Vermuthlich sind die Engländer mehr germanisch als die Deutschen, jedenfalls mehr als die Deutschen im Osten des Reiches, welche sehr stark mit Slaven vermischt sind, während die Wiener zum Beispiel von Hause aus Irische, nämlich Kelten, sind und die alpinen Süddeutschen eine reichliche Mischung von den Romanen in ihrem Blute haben. Nimmt man den dritten, größten Volksstamm, der den Grundstock der Bevölkerung von Pennsylvanien bilden half, dazu, nämlich die Scotch Irish so hat man wieder, wie schon der Name sagt, eine Melange, vorzugsweise eine in keltischen Spielarten. Die Deutschen hatten nun zu Anfang des vorigen Jahrhunderts ursprünglich die Mehrheit in der Bevölkerung von Pennsylvanien, haben sich auch seither in einer Weise vermehrt, daß der deutsche Kaiser seine Freude an ihnen haben könnte. Dann kamen die Engländer oder Anglo-Sachsen als zweite Gruppe, die Scotch-Irish als dritte und dabei blieb es, bis in der Mitte des vorigen Jahrhunderts der große irische Schub kam, der aber auch mit seiner Nachkommenschaft den alten Stamm niemals einholen konnte und es auch sozial nicht weit brachte, weil es dazumals kein wünschenswerthes freies Land in Pennsylvanien gab und die Irischen meist in den Städten blieben, wo sie Arbeiter, im besten Fall Polizisten oder Plumber wurden.

In einem Punkt aber waren die Irischen Boß; sie bildeten nämlich einmal das weitaus dominierende Element unter den Bergleuten in Pennsylvanien, namentlich in der Hartkohlen-Region. Als frisch Eingewanderte waren sie natürlich keine geschulten Bergleute, sondern wurden die Helfer von Amerikanern und namentlich Wallisern, aber diese verdrängten sie nach und nach aus dem Bergbau, um dann selbst verdrängt zu werden. Das geschah zur Zeit der großen Austreibungen nach der Molly Maguire Bewegung in den 70er Jahren, die einen der urwüchsigsten Klassenkämpfe bildete, der in Amerika geführt wurde. 19 der Angeklagten wurden gehängt, eine Menge zu Zuchthaus verurtheilt.

Heute sieht die pennsylvanische Hartkohlenregion ganz anders aus als vor 40 Jahren. Ihre Landbevölkerung besteht, wie damals, noch vorwiegend aus „Pennsylvanisch Deutschen", die unter sich noch größtentheils das bekannte Idiom sprechen. In der Bergbaubevölkerung aber herrscht ein wahres Konglomerat von Leuten aus aller Herren Länder. Die Region umfaßt die Counties Carbon, Dauphin, Lackawanna, Luzern, Northumberland, Schunkill und Sullivan. Von deren Gesammtbevölkerung von 1,122,361 Einwohnern sind 47.15 Prozent im Ausland geboren oder Kinder von Ausländern von beiden Seiten her. Nach Nationalitäten stellen sie sich wie folgt:

Rußland, 119,382; Oesterreich, 110,528; Irland, 70,422, Deutschland 60,312; Italien, 42,333; Wales, 35,834; England, 32,573; Ungarn, 24,737; Schottland, 5779; andere Länder, 27,362. Zusammen 529,262.

Es ist zu beachten, daß die bodenständige deutsch-pennsylvanische Bevölkerung natürlich als amerikanisch gezählt wird. Zählt man sie aber zu dem reichsdeutschen Element und dazu noch die Theile der Oesterreicher, Ungarn, Russen, Polen, welche deutscher Nationalität sind, so ergibt sich, daß die pennsylvanische Hartkohlenregion überwiegend deutsch ist. Außer den angeführten Nationalitäten gibt es dort eine kleinere Zahl noch Zugereiste aus anderthalb Dutzend anderen Ländern. Außerdem aber sind unter Russen nicht blos Russen zu verstehen, deren es sehr wenig dort geben dürfte, sondern Esthen, Letten, Ruthenen, unter den Oesterreichern und Ungarn Tschechen, Slovaken, Magyaren, Serben, Slovenen und Rumänen, so daß also die Geschichte von der Sprachverwirrung beim Thurm von Babel in Pennsylvanien zur Zeit ein würdiges Seitenstück findet.

Dies soll betont werden, um zum Bewußtsein zu bringen, mit welchen enormen Schwierigkeiten die Arbeiterbewegung in diesem Lande zu kämpfen hat. Die Leute dieser vielen Nationalitäten bringen natürlich ihre Besonderheiten hierher und sind nicht selten beflissen, sie so viel als möglich aufrecht zu erhalten. Sie bringen ihre Anschauungen, ihre Traditionen, ihre Vorurtheile, ihre Sitten und Gewohnheiten und ihre Sprache mit. Von dem größten Theil der enormen Einwanderung kann gesagt werden, daß er keine Ahnung hat von den sozialen und politischen Verhältnissen des Landes und in seinem ganzen Leben keinen Begriff davon bekommen kann. Bei den vorgeschrittenen Eingewanderten ist das als Regel anzunehmen. Aber auch sonst arbeitet der „amerikanische Schmelztiegel" dort mit Schwierigkeiten. Von 326,441 männlichen Personen im wahlfähigen Alter konnten (1910 nach dem Zensus, dem diese Zahlen entnommen sind) 44,179 nicht schreiben und lesen, das heißt, nicht in ihrer Muttersprache, englisch können sicher nicht die Hälfte. Schulzwang existiert zwar, aber nur 88 Prozent der schulpflichtigen Kinder besuchen wirklich Schulen, und davon eine beträchtliche Anzahl Kirchenschulen in ausländischer Sprache. Wie es unter solchen Umständen mit dem öffentlichen und politischen Interesse aussieht, mag daraus geschlossen werden, daß von den 326,441, welche das Stimmrecht haben sollten, nur 52,442 es erworben hatten. Also nur einer unter sieben besaß politische Rechte. Man kann daraus ersehen, wie sehr die Arbeiterbewegung in Amerika dadurch leidet, daß ein großer Prozentsatz der Arbeiter den Stimmzettel nicht anwenden kann.

Es ist aber wenigstens doch gelungen, sie in Gewerkschaften zusammen zu bringen. Allerdings geschieht das unter einem gewissen Zwang. In den Vertragsstaaten des Westens haben die United Mine Workers bekanntlich durchgesetzt, daß die Beiträge an die Union von den Zechenbesitzern allen Arbeitern am Lohn abgezogen werden. Dort müssen sie also Mitglieder der Union sein, ob sie wollen oder nicht. In der Abmachung über die Beilegung des letzten Anthracit-Streiks ist dies für Ost Pennsylvanien nicht durchgesetzt worden und auch seither nicht. Aber der Zwang besteht trotzdem. Der Zeitungsleser hört oft von „Knopfstreiks" in jener Gegend. Tausende von Leuten gehen an den Streik, weil einzelne Leute der Belegschaft ihre Beiträge an die Union nicht bezahlen wollen. Das ist gegen die erwähnte Abmachung, aber die Grubenbesitzer können nichts dagegen thun. Denen ist überhaupt die Kampflust gänzlich ausgegangen. Sie halten sich einfach für alle Zugeständnisse, welche sie den Arbeitern zu machen haben, doppelt und dreifach schadlos durch das Schrauben der Konsumenten. Das bezahlt sich viel besser für sie als der Feudalstolz und Trotz, den sie sich einmal leisteten.

Daß aber in der Pennsylvania Anthracit-Region die Verhältnisse der Arbeiter sich in den letzten zehn Jahren beträchtlich gebessert haben, das ist für die Besucher und Beobachter mit Händen zu greifen.

(Philadelphia Tageblatt.)

Wichtige Anzeige

Von jetzt an befinden sich die Geschäftsstelle und Redaktion des Volksblatt in

127 Ost Siebente Str.

nahe der Main Straße.

Lokal-Bericht

„Vivat sequens."

Altenheim erhält von unbekanntem Gönner hundert Dollars.

Ein hochwillkommenes Geschenk ging gestern dem Deutschen Altenheim im Betrage von $100 zu. Ueber die Identität des Gebers oder der Geberin war nichts in Erfahrung zu bringen und der Vorstand der Anstalt muß sich daher damit begnügen, auf diesem Wege seinen Dank auszusprechen.

Hoffentlich wirkt dieses Beispiel anregend, sodaß andere Gönner und Freunde der Anstalt ihr ebenfalls Zuwendungen machen. Eine sehr günstige Gelegenheit hierzu bietet das am Samstag stattfindende Frühjahrsfest, mit dem, wie sich leicht denken läßt, bedeutende Ausgaben verbunden sind.

Die Parkkommission

Zwei neue Spielplätze werden demnächst geschaffen werden.

Die Parkkommission wird in allernächster Zeit zwei neue Spielplätze eröffnen, von denen sich einer in Sedamsville und der andere im Ostend befindet.

Die Kommission hat gestern den Ankauf des nöthigen Eigenthums für den Spielplatz in Sedamsville beschlossen. Der Komplex ist an der Bold Face Creek gelegen und umfaßt etwa drei Acker. Der Spielplatz im Ostend wird in Turkey Ridge Field angelegt werden. Eine Petition in diesem Sinne wurde gestern den Parkkommissären unterbreitet und es wurde beschlossen unverzüglich mit der Instandsetzung des nöthigen Geländes für diesen Spielplatz zu beginnen. Diese Arbeiten werden nur sehr kurze Zeit in Anspruch nehmen, sodaß der Spielplatz sehr bald mit den nöthigen Apparaten ausgestattet und eröffnet werden kann.

Eine wohlverdiente Anerkennung wurde dem Parkpolizisten Frank Hartung zu theil. Ihm war in Anerkennung seiner Thätigkeit die M. C. Dow Medaille zuerkannt worden und die Ueberreichung dieser Medaille erfolgte gelegentlich der gestrigen Sitzung der Kommission durch Herrn Irwin M. Krohn mit einer herzlichen Ansprache.

Die Parkkommission hat auch gestern wieder in der Konzertfrage weitere Schritte gethan und die Unionmusiker absolut ignoriert, indem sie die sämmtlich noch zu vergebenden Konzerte an die Organisationen vergab, die keiner Union angehören. Die drei Kapellen, welche berücksichtigt wurden, waren die Kapelle des Ersten Milizregiments und zwei eigens seit dem Ausbruch des Streits mit der Musiker Union organisierten Nicht-Union Kapellen, die sich „Park Band" und „City Band" nennen und zum großen Theil aus Mitgliedern der Shriner und der Freimaurerkapelle bestehen. Natürlich wird dieses zur Folge haben, daß die hiesigen Shriners gelegentlich der Konvention im kommenden Jahr in San Francisco ohne ihre Kapelle marschieren müssen, denn die organisierten Musiker werden es nicht zugeben, daß die Shriner Kapelle in dem Zuge mitmarschiert, widrigenfalls sämmtliche Unionsmusiker sich weigern werden an der Parade theilzunehmen.

Ursprünglich bestand zwischen der Nationalvereinigung der Musiker und den Shriners ein Abkommen, laut welchem die Shriner Kapelle sich verpflichtete nicht mit den organisierten Musikern in irgendwelcher Weise in Wettbewerb zu treten und als Gegenleistung wurde ihr gestattet bei Umzügen der Shriner zu spielen, ohne daß Unionkapellen, die sich auch in den Umzügen befanden, hiergegen protestierten. Nachdem jedoch nun die Shriner Band ihr Wort gebrochen hatte, so sind natürlich die Union Musiker auch nicht an ihr Versprechen gebunden.

Die „Park Band" giebt am Samstag Nachmittag ein Konzert im Burnet Woods Park und die Kapelle des ersten Milizregiments konzertiert am Sonntag Abend im Lincoln Park.

Von einer Musikalienhandlung wurden der Parkkommission eine Anzahl gebrauchter Graphophone mit Platten zum Geschenk gemacht und diese Instrumente werden in den Spielplätzen benutzt werden.

Neupflasterung.

Der Montgomery Avenue von der Evanston Welfare Association gewünscht.

Die Evanston Welfare Association wünscht eine Neupflasterung der Montgomery Avenue von der Hewitt Avenue an. Eine Delegation der Vereinigung wurde in dieser Angelegenheit gestern vor dem Stadtrathskommittee für Straßen und Parks vorstellig und die Wortführer, die Herren T. Butterworth und Schulrathsmitglied Mittendorf erklärten, daß Holzpflaster zwischen den Straßenbahngeleisen und Granitpflaster zu beiden Seiten der Geleise gewünscht würde. Das Kommittee wird den Stadtingenieur Krug beauftragen vorläufig einen Kostenanschlag auszuarbeiten.

Geburten.

David und Marie Berry, 415 Clark Straße; Knabe.

Edward und Clara Windgassen, Westwood; Knabe.

Valle und Edith Greb, 630 Neave Straße; Mädchen.

George und Minnie Tisch, 1648 Dewey Ave.; Knabe.

William und Maria Kiniker, 2630 Stratford Ave.; Knabe.

Fred und Fanny Klene, 3737 Glenway Ave.; Knabe.

John und May Schray, 7930 Vine Straße, Carthage; Knabe.

Gorman und Flora Tibbles, 555 Boal Straße; Mädchen.

John und Alma Naylor, 167 Ost McMicken Ave.; Knabe.

Giles und Laura Lakeman, 1917 Pogue Ave.; Knabe.

Lawrence und Julia Roosa, 5326 Lester Road; Knabe.

Arthur und Clara Fischer, Cornell Place, Madisonville; Mädchen.

Geo. und Clara Walter, Grandview Ave., Peasant Ridge; Knabe.

Edward und Gertrude Heuß, 461 Dayton Straße; Knabe.

Sterblichkeitsbericht.

Charles Ehlers, 44, 203 Stetson Straße, Tuberkulose.

Margaret Bresner, 38, Tuberkulose Hospital, Tuberkulose.

Mary Moriarity, 76, 604 W. 9. Straße, Nierenleiden.

Louis Koslovsky, 51, 1531 Central Avenue, Nierenleiden.

Lester Morlen, 9, 917 Hopkins Straße; Inquest in Schwebe.

Cornelius Kreitzer, 4 Monate, St. Josephs Findelhaus, Luftröhrenentzündung.

Julia Magneß, 81, 6646 Lower River Road, Gehirnschlag.

Mysteriöses Feuer.

Auf mysteriöse Art brach gestern Nachmittag während des Gewitters ein Feuer im Hause des John Ward, No. 627 Carlisle Avenue, aus. Ein vorbeifahrender Neger sah Rauchwolken aus dem Hause entweichen und alarmirte die Feuerwehr durch einen Stillalarm. Die Löschmannschaften entdeckten, daß der Brand seinen Ursprung in einer Chaiselonge hatte. Der Eigenthümer der Wohnung war zur Zeit des Ausbruchs nicht anwesend. Staats Feuermarschall Sweeney und McGinn werden über den Ausbruch des Brandes eine Untersuchung einleiten. Der angerichtete Schaden wird auf $500 angegeben.

Feuer.

— In den Anlagen der Firma Gebrüder Fritz, No. 911 Broadway, fing ein Abfallhaufen, welcher in der zweiten Etage des Gebäudes lagerte, Feuer und wurde ein Schaden von $50 angerichtet.